

Spaniens "Dritter Weg"

Zu den spanischen Wahlen vom 12. März 2000 von

Halm-Detlev Kohler

"Ich hatte noch nie das Glück, in einem freien Land zu leben. Die Franquisten steckten mich ins Gefängnis, ließen aber wenigstens meine Familie in Ruhe." (José Luis López de la Calle, freier Journalist nach einem Brandanschlag der "kale borroka" auf sein Haus im Februar; am 7. Mai d.J. wurde er von ETA-Terroristen auf offener Straße ermordet)

Nenn mir deine Freunde, und ich sag dir, wer du bist", lautet ein altes Sprichwort

Der beste Freund von Felipe González in Europa hieß Helmut Kohl, der von José María Aznar heißt Tony Blair. In einer Zeit, in der alle "Dritten Wege" zur Wall Street führen, sind derartige Konstellationen keine Überraschung mehr. Der Partido Popular (Volkspartei/PP) hat die acht spanischen Parlamentswahlen seit Francos Tod mit absoluter Mehrheit gewonnen und damit politische Geschichte geschrieben, den noch nie hatte eine rechte Partei die Mehrheit in freien Wahlen gewonnen. Der Satz "Spanien wählt links" ist seit dem 12. März Geschichte geworden.

Neben diesem historischen Faktum gilt es, einige weitere Veränderungen des politischen Systems festzuhalten. Mit dem PP ist eine zweite politische Partei mit landesweiter Präsenz und Verankerung in allen spanischen Regionen entstanden, wozu vor allem die Stimmengewinne in Baskenland und Katalonien beitrugen. Gleichzeitig haben sich in vielen spanischen Regionen - nicht nur den historischen Autonomieregionen Baskenland, Katalonien und Galicien - regionalistisch/nationalistische Optionen stabilisiert. So sitzen im Madrider Parlament Abgeordnete aus Aragón (Chunta Aragonesista/CHA), den Kanarischen Inseln (Coalición Canaria/CC und Partido de Independientes de Lanzarote/PIL) und Andalusien (Partido Andalucista/PA). In Galicien konnte der "Nationalistische Block" BNG (Bloque Nacionalista Galego) deutliche Zugewinne verzeichnen, während in Katalonien und dem Baskenland die nationalistischen Parteien stagnierten oder Stimmenverluste erlitten. Positiv

ist zu verzeichnen, daß sich auch nach der zentristischen Ausrichtung der PP-Führung keine populistische Rechte abzeichnen. Sie muß sich mit einigen wenigen Bürgern mitverantwortlich für die rassistischen Ausschreitungen gegen afrikanische Gastarbeiter (vgl. *Transva* 56) - oder der Gruppierung des mehrfach verurteilten mafiosen Immobilienspekulanten und Präsidenten des Fußballklubs Atlético de Madrid, Jesús Gil y Gil (Marbella und Ceuta), begnügen.

Für viele war der Wahlsieg eine Überraschung oder Enttäuschung, für manche gar ein "radikaler Rechtsruck" (*Le Monde diplomatique*), doch eine nüchterne Analyse erkennt in ihm ein beinahe unvermeidliches Ergebnis mehrerer, zeitlich aufeinandertreffender, schon seit langem wirkender Faktoren.

VERWALTUNG DES ÖKONOMISCHEN AUFSCHWUNGS

Seit 1994, also schon vor dem Amtsantritt der ersten PP-Regierung, erlebt Spanien einen Wirtschaftsaufschwung mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten und einer langsam sinkenden Arbeitslosenrate, letztere allerdings immer noch deutlich über der anderer EU-Länder. Antrieb war der andauernde Tourismusboom und vor allem der Inlandskonsum, welcher zu einer hohen Verschuldung der spanischen Haushalte bei einer sehr niedrigen Sparquote und zu einem Rekorddefizit der Handelsbilanz von 32,5 Mrd. Euro führte. Neben dem hohen Importüberschuß werfen auch die schwachen Produktivitätssteigerungen und internationale Wettbewerbsnachteile in vielen Sektoren einige Schatten auf die Erfolgsmeldungen aus dem Wirtschaftsministerium. Die Regierung beschränkte sich im Wesentlichen auf die Fortsetzung der sozialistischen Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik, wobei inzwischen wachsende Teile der Mittelschichten an dem neuen Aktienboom teilhaben.

KONTROLLE UND ERNEUERUNG DER POLITISCHEN RECHTEN

Die auch in diesem Wahlkampf von den linken Parteien noch geschürte Angst vor der Rechten, die in der spanischen Geschichte soviel Unheil angerichtet hat, ist nach vier Jahren PP-Regierung verschwunden. Jenseits des PP gibt es keine rechte Gruppierung und innerhalb des PP sind ultrarechte und altfranquistische Sektoren in enge Schranken verwiesen worden. In vielerlei Hinsicht wirkt der PP heute moderner als die linken Organisationen, was sich auch in einer stärkeren Präsenz junger und weiblicher Mitglieder zeigt. Politisch und soziologisch interessant ist der neue politisch aktive, selbstbewußte Frauentyp mit einer Mischung aus Tradition und Modernität, der dem feministischen Habitus des Monopols der politischen Frau arges Kopfzerbrechen bereitet

SELBSTVERSCHULDETER NIEDERGANG DER LINKEN

Der PSOE (Partido Socialista Obrero Español) hat sich in den vier Jahren PP-Regierung als unfähig erwiesen, sich von den Erblasten des Felipeismo zu befreien, so wie die linke Wahlkoalition Izquierda Unida (Vereinte Linke/IU) nicht in der Lage ist, sich von ihren kommunistischen und sektiererischen Traditionen loszusagen. Für beide waren organisatorische Offenheit und radikale Selbstkritik sowohl gegenüber Programmen, Politiken wie Personen unabdingbar - eine geradezu utopische Vorstellung angesichts der Realität beider Parteien. Die Chance der personellen Führungswechsel der PSOE sucht seit dem Rücktritt von Felipe González nach einem neuen Parteiführer, die IU darf endlich Julio Anguita ersetzen - und der Opposition wurde nicht für eine Erneuerung genutzt. Die deutlichen Hinweise wie schwindende Wähler, Mitglieder und politischer Einfluß wurden schlicht ignoriert. Der kurzfristig und unvorbereitet von den

	1982	1986	1989	1993	1996	2000
Linke Parteien	53,4	51,4	50,6	48,3	48,5	39,9
Rechte Parteien	36,9	36,5	35,0	36,3	39,0	45,2
Restliche/regionalistische Parteien	9,7	12,1	14,4	15,4	12,5	14,9
Wahlbeteiligung	80,2	70,7	70,3	77,3	78,3	70,0

Ergebnisse der spanischen Parlamentswahlen 1982-2000: "politische Lager" (in Prozent)

Parteispitzen ausgehandelte "Pakt der Unken" war ein durchsichtiges Wahlmanöver zweier Verlierer, dessen Inhalt sich auf einige gemeinsame Kandidaturen in ausgewählten Wahlkreisen beschränkte, der jedoch jeglicher politisch-programmatischen Elemente entbehrte.

Während die IU ihren Niedergang wie ein gleichzeitig unvermeidliches und ungerechtes Schicksal reaktionslos hinnimmt, tauchen im PSOE fast groteske Formen des Realitätsverlustes auf. Anstatt beispielsweise eine klare Verantwortung und Abkehr von der staatsterroristischen GAL-Affäre anzustreben, als führende PSOE-Politiker im Innenministerium Killer- und Entführungsbanden bezahlten, die potentielle ETA-Mitglieder ermordeten, organisiert die Partei Solidaritätswallfahrten aus ganz Spanien zu den verurteilten PSOE-Mitgliedern ins Madrider Gefängnis. Der immer noch viele Faden ziehende Felipe González solidarisierte sich dazu öffentlich mit Bettino Craxi gegen dessen Verurteilung durch die italienische Justiz und sprach sich öffentlich gegen die Auslieferung des chilenischen Diktators Pinochet und dessen Anklage vor einem spanischen Gericht aus. Sein persönliches Interesse an der Unantastbarkeit verbrecherischer Staatsführer ist dabei ebenso offensichtlich wie sein Desinteresse an der Glaubwürdigkeit seiner Partei.

Wie fadenscheinig die interne Demokratisierungsrhetorik des PSOE ist, kann man am Ausbooten des vorübergehenden Hoffnungsträgers José Borrell erkennen (vgl. *Tranvía* 49). Der in einem neuen demokratischen Verfahren gegen den Willen der Parteiführung von der Basis gewählte José Borrell wurde als Spitzenkandidat vom Parteiapparat blockiert und nach einigen Monaten im Zusammenhang mit einer Unterschlagungsaffäre um ehemalige Mitarbeiter von ihm zum Rücktritt gedrängt. In diesem Moment war die Chance einer Alternative zur amtierenden Regierung faktisch verspielt und der in den internen Urnenwahlen unterlegene Joaquín Almunia konnte die Wahlen nicht gewinnen. Die Parteiführung hatte die Demokratisierungsversuche in dem Moment abgewürgt, als deren Dynamik unkontrollierbare Resultate brachte. Ein enttäushtes Parteimitglied drückte es folgendermaßen aus: Die Kandidatenlisten dienen allein dazu, die Parteimitglieder daran zu erinnern, wer die Macht hat, nicht jedoch dazu, die Wahlen zu gewinnen (Cándido García Riesgo, *La Nueva España*, 21.1.2000). Eine Parteibasis, die nicht auf ihre Führung hört, verliert ihre Beteiligungsrechte.

. ALLGEMEINE

PARTEIENVERDRÖSSUNG

Die Distanz zwischen der politischen Klasse und ihren Institutionen auf der einen und

Spanische Parlamentswahlen vom 12. März 2000 - Ergebnisse

Partei/Wahlbündnis	2000			1996		
	Sitze	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%
Partido Popular' PP	183	10.321.178	44,5	156	9.716.006	38,8
Partido Socialista Obrero Español/ PSOE	125	7.918.752	34,1	141	9.425.678	37,6
Convergència i Unió / CiU	15	970.421	4,2	16	1.151.633	4,6
Izquierda Unida IU	8	1.263.043	5,5	21	2.639.744	10,5
Partido Nacionalista Vasco' PNV	7	353.953	1,5	5	318.951	1,3
Coalición Canaria / CC	4	248.261	1,1	4	220.418	0,9
Bloque Nacionalista Galego / BNG	3	306.268	1,3	2	220.147	0,9
Eusko Alkartasuna , EA	1	100.742	0,4	1	115.861	0,5
Esquerra Republicana de Catalunya / ERC	1	194.715	0,8	1	167.641	0,7
Chunta Aragonesista , Ch. A.	1	75.356	0,3	-	49.739	0,2
Partido Andalucista , PA	1	206.255	0,9	-	134.800	0,5
Iniciativa per Catalunya - Verds /IC-V	1	119.290	0,5			

der Bevölkerung auf der anderen Seite droht immer größer und unüberbrückbarer zu werden. Hatten insbesondere die linken Parteien schon in den achtziger Jahren viele enttäuschte Menschen aus der Politisierung der Transición (demokratischer Übergang) in das Privatleben zurückgeschickt (desencanto), so zeigt sich in den neunziger Jahren dazu eine mangelhafte Politisierung der jungen, nicht mehr von der Erinnerung an die Diktatur geprägten Generation. Ihre Denk- und Lebensformen sind keineswegs durchweg unpolitisch, jedoch meilenweit entfernt von dem, was sich als Politik in den Medien und öffentlichen Institutionen präsentiert. Die wenigen jungen Parteimitglieder rekrutieren sich eher aus Karrieresuchenden, repräsentieren aber kaum ihre Generation. Während ihnen die linken Parteien entweder als verstaubt oder ungläubwürdig (oder auch beides) erscheinen, kommt vielen zumindest der dialog- und modernisierungsorientierte Diskurs des PP entgegen. Selbst die Skandale des PP um "stock options" (spektakuläre Bereicherungen von PP-Freunden im Zuge der Privatisierungen von Telekommunikations- und Energieunternehmen) wirken zeitgemäß, der aktuellen Welt des Kapitalismus entsprechend, als die des PSOE, zumal Korruption und Skandale zum Alltag aller Parteien gehören.

■ PERSPEKTIVEN FÜR DAS POLITISCHE SYSTEM SPANIENS

Die Überraschung war somit weniger das Wahlergebnis des 12. März als das relativ gute Wahlergebnis der Sozialisten 1996, hauptsächlich geschuldet dem Regierungsbonus und der Unsicherheit gegenüber einer rechten Partei, die immer noch zahlreiche Altfranquisten in ihren Reihen hat. Ohne Regierungsbonus und Angst vor der Rechten hat nun der PSOE endlich die Quittung für die Fehler und Verbrechen des Felipismo erhalten. Das katastrophale Abschneiden der IU war erst recht keine Überraschung und nach dem Führungswechsel

quasi im Vorhinein erwartet. Für die Kritik an den Auswüchsen der PP-Regierung bspw. die Bereicherung von Parteifreunden im Zuge der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Lizenzvergabe für das Digitalradio und neue private Fernsehkanäle an PP-nahe Medienkonzerne oder die Verwässerung des neuen Ausländergesetzes fehlte den linken Parteien die moralische Basis, war doch alles dies nur die Fortsetzung vorheriger PSOE-Regierungspraktiken.

■ KULTUR DES VERDRÄNGENS UND VERGESSENS

Angesichts einer Kultur des Verdrängens und Vergessens in der Politik scheint es zumindest für den politischen Beobachter und Analysten sinnvoll, sich seiner Aussagen nach den letzten Wahlen zu erinnern. Zum Wahlausgang des 3. März 1996 sah ich folgende Tendenzen für das politische System Spaniens (alle folgenden Zitate stammen aus dem Wahlkommentar in *Tranvía* 41):

1) "Die spanische Rechte wird sich transformieren und konsolidieren." Die Entwicklung der vergangenen vier Jahre hat diese Aussage mehr als bestätigt und die PP-Führung hat sich in vieler Hinsicht als unerwartet lernfähig erwiesen und viele Fehler der Sozialisten vermieden. Der PP hat heute nicht nur die Mehrheit, sondern auch die politische Führung im Land übernommen. Auch das Verhalten des Siegers nach den Wahlen, insbesondere die Betonung der Dialogbereitschaft und die Vermeidung präpotenter Attitüden aus der Zeit des Felipismo, zeugt von einem Lernprozess der neuen Rechten in Spanien.

2) "Die Komposition des spanischen Staats- und Parteigefüges ist noch keineswegs stabil." Dies zielte vor allem auf die zentrifugalen Kräfte der Regionen, die immer mehr Selbstverwaltungsrechte anstreben, ohne sich am Zentralstaat zu beteiligen. Beispielhaft war die Wahlkampfaussage der katalanischen Convergència i Unió (CiU), im Ge-



José María Aznar und sein Partido Popular konnten bei den spanischen Wahlen kaum genug kriegen ...

genug für eine drastische Reduzierung des "katalanischen Steuerbilanzdefizits" (Differenz zwischen katalanischem Steueraufkommen und staatlichen Transferleistungen an Katalonien) um 400 Mrd. Peseten die zukünftige Madrider Regierung zu unterstützen. Auf "Geld gegen Stimmen" scheint nicht nur für die katalanischen Nationalisten die Beziehung zum spanischen Staat reduziert und ein echter Föderalismus wird abgelehnt, da er alle Regionen auf eine prinzipiell gleiche Stufe stellen würde. Die absolute Mehrheit des PP stärkt nun die Verhandlungsposition der Zentralregierung, doch bleibt es zweifelhaft, ob sie den Mut für eine föderale Reorganisation des Staates und eine entsprechende Reform des Senats mit Blick auf eine echte "Regionenkammer" aufbringen wird. Der Strukturkonflikt Region-Zentrum, überlagert von den peripheren Nationalismen und der Gefahr eines stärker werdenden spanischen Nationalismus, geht weiterhin zu den tickenden Zeitbomben in der spanischen Politik.

3) "Eine programmatisch-inhaltliche und personelle Erneuerung des PSOE ist derzeit ebenso notwendig wie unwahrscheinlich." Diese Aussage lässt sich selbst jetzt nach der deutlichen Wahlniederlage verlängern. Die Reaktion auf die Wahlniederlage, abgesehen vom unmittelbaren Rücktritt des Parteivorsitzenden Almunia, zeugt von einer weit fortgeschrittenen Verkrustung und Lernunfähigkeit. Führende PSOE-Intellektuelle wie der Politikwissenschaftler Julián Santamaría, der Direktor der Parteistiftung Ludolfo Paramio und der ehemalige Minister

Jordi Solé Tura stimmen in den allgemeinen Verdrängungschor ein und sehen in mangelnder Oppositionsarbeit und schlechter Ausarbeitung und Durchführung des "Paktes der Linken" Hauptgründe für die Wahlniederlage. Der PSOE-Apparat lebt wie auf einer langsam aber kontinuierlich schmelzenden Eisscholle, wobei der natürliche Schwund ohne Neuzugänge etwa dem Verlust an Wählern, Ämtern und Einfluss entspricht. Ebenso wie der deutliche Hinweis des Borrell-Referendums der eigenen Basis wird auch derjenige der Wähler am 1. 2. März schlicht ignoriert und nichts deutet auf einen Bruch mit der Vergangenheit des Felipismo und eine Verjüngung und Veränderung hin.

Der Zustand des PSOE verschlechtert sich unterdessen auf allen Ebenen. Zahlreiche Regional- und Lokalverbände sind heillos zerstritten in internen Machtkämpfen. Um nur zwei signifikative Beispiele zu nennen: In Asturien, einer historischen Region der Sozialisten, wo der PSOE noch 1999 überraschend mit absoluter Mehrheit die Regionalwahlen gewann, kommt die Opposition gegen die Regierung des "Erneuerers" Tini Areces nicht etwa von rechts oder links, sondern von der eigenen Partei und Parlamentsfraktion, die unter der indirekten Kontrolle des Bergarbeiterführers Fernández Villa wichtige Reformvorhaben blockiert und dazu häufig direkt mit der PP-Zentralregierung anstatt mit der eigenen Regionalregierung praktiziert. In Valencia, einer der mitgliederstärksten Regionen, schwelt seit der Niederlage bei den Regionalwahlen 1995 ein ständiger Machtkampf zwischen der

Madrider Parteizentrale und dem aus Valencia stammenden Organisationssekretär Cipriá Ciscar auf der einen und der prekären Mehrheit um den gewählten, dann zurückgetretenen und inzwischen gar aus der Partei gedrängten Generalsekretär des Regionalverbandes Joan Romero auf der anderen Seite: mit chaotischen Kongressen. Rücktritten, eingesetzten kommissarischen Vorständen etc.

Diese Liste lässt sich über die Mehrheit der Regionalverbände fortsetzen und verdeutlicht nicht nur die programmatische Leere, sondern vor allem auch die bürokratische Krankheit, die sich in der Partei seit den achtziger Jahren krebsartig ausgebreitet hat. Bezeichnend für den Zustand der Partei ist auch, dass die zahllosen Grüppchen und Familien, die sich allein mit bürokratischen Intrigen und Manövern bekämpfen, nie politische Namen, sondern stets die Namen ihrer Führungspersönlichkeiten tragen (Felipistas, Guerristas, Lermistas, Borrellistas...). Eine einzige neue Gruppierung noch ohne bekannte Persönlichkeit tauchte auf, eher junge "marktliberale Sozialisten" unter dem Etikett "Neuer Weg". Vielleicht liegt die Vermeidung der namentlichen Personalisierung in diesem Fall auch nur schlicht daran, dass ihre sichtbarste Figur ein junger Anwalt namens Zapatero ist und "Zapatistas" ein etwas irreführender Name für eine wirtschaftsliberale PSOE-Fraktion wäre. Inhalte sind aus dem Parteileben verschwunden, es geht allein um Posten und Machtressourcen. Im Juli wird auf einem ordentlichen Kongress ein neuer Vorstand gewählt werden; wie auch immer seine endgültige Zusammensetzung ausfällt, er wird nicht Resultat einer Erneuerung und Demokratisierung, sondern der Machtspiele der vielen zerstrittenen, alteingesessenen Apparatgruppen sein.

4) "Mindestens ebenso unsicher erscheint die Zukunft der Izquierda Unida." In der linken Wahlkoalition garantiert schon die kommunistische Mehrheit, dass der Niedergang auch mit neuer Parteiführung geradezu unaufhaltsam weitergehen wird. Die Tolpatschigkeit und politische Instinktllosigkeit, mit welcher der Wahlpakt betrieben wurde, hat nun auch den letzten maglichen Trumpf, einmal Mehrheitsbeschaffer einer linken Regierung ähnlich wie in Frankreich werden zu können, entwertet. Angesichts einer vorprogrammierten Niederlage hatte man sich vom Pakt mit dem PSOE den ein oder anderen Abgeordneten mehr erhofft. Um darüber die notwendig gewordenen Entlassungen im Parteiparat zu begrenzen. Selbst dies ist gründlich misslungen und die Koalition sucht nun verzweifelt Absicherungen für ihre Führungspersönlichkeiten ohne Mandat (z. B. wurden der noch amtierende IU-Koordinator Julio Anguita und sein



ETA-Propaganda per Video im Wahlkampf 1996

ErA und EH verfolgen ihr Ziel der "Bildung einer Nation" durch Druck auf die moderateren nationalistischen Gruppen, deren Verbindungen zum spanischen und französischen Staat zu lösen. Einige konkrete Ergebnisse des Paktes von Uzarra wie die Einrichtung der Udalbiltza (Versammlung aller gewählten baskischen Kommunalpolitiker) und der Batera (Plattform zur Unterstützung von ErA-Haftlingen) deuten in diese Richtung. Die Udalbiltza 5011 nach der Vorstellung von ErA/EH der „5amen der zukünftigen nationalen baskischen Volksvertretung, der nerJen nationalen Demokratie" werden. PNV und EA verhalten sich traditionell zwiespaltig zur radikal-nationalistischen, anti-spanischen Rhetorik und versuchten, über den Pakt EH aus dem Diktat der ErA zu lösen und in eine politische Organisation zu verwandeln.

Um alles dies tobt jeden Freitag und Samstag Nacht die "kale borroka" (Straßenkampf), seit 1995 strategisches Instrument der ErA welches in der Zeit des "Waffenstillstandes" zentrale Bedeutung erlangte. Parteilokale und Abgeordnete demokratischer Parteien, Medien, Banken ... werden zum Ziel jugendlicher Banden, die ihre Identifikation mit der ErA über Brandsätze, Molotow-Cocktails und Steine zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig bewirkte der Geheimpakt zwischen ErA und den moderateren nationalistischen Parteien PNV und EA daß diese im Gegensatz zu früher praktisch vollständig verschont blieben und die baskische Polizei Ertzaintza (explizit oder nur unbewußt?) gegenüber den kriminellen Akten eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legt. Bei der "kale borroka" handelt es sich nicht um Gewalt gegen Symbole eines repressiven Staates, sondern gegen Personen und Einrichtungen demokratisch legitimierter Organisationen sowie Journalisten und Wissenschaftler, die eine kritische Haltung

gegenüber dem ErA-Nationalismus und der terroristischen Gewalt veröffentlichten. Der Ausschluss aus dem "Forum von Sao Paulo" im Juli 1997, dem Sammelpunkt linker Organisationen Lateinamerikas, bei dem HB/EH einen Beobachterstatus hatte, war ebenso logisch wie überfällig. Die ErA hat es gleichwohl wieder einmal geschickt verstanden, bei vielen Jugendlichen die Grenzen zwischen terroristischer Gewalt und politischer Mobilisierung zu verwischen und berechnete Unzu-

friedenheit mit den herrschenden Verhältnissen für ihre Zwecke zu kanalisieren.

Ebenso geschickt hat die ErA erneut die politische Initiative innerhalb des baskisch-nationalistischen Spektrums an sich gerissen, indem sie die Zwiespaltigkeit und Spaltungen von PNV und EA ausnutzte. So werden derzeit die spanische Verfassung und das baskische Autonomiestatut prinzipiell in Frage gestellt durch ein "Nationales Konstruktionsprojekt", welches zu einer "nationalen Demokratie", spricht einem unabhängigen baskischen Staat gelangen will. PNV und EA (und nebenbei auch die baskische Izquierda Unida) drohen über dieser - mit der spanischen Regierung nicht verhandelbaren - Frage zu zerbrechen. Dies genau scheint das eigentliche Ziel der ErA und ihrer politischen Vorfeldorganisationen zu sein. Umgekehrt ist an eine Autonomie von EH gegenüber ErA nicht zu denken, so daß derzeit die Bilanz der Zielerreichung aller Unterzeichner des Paktes von Lizarra eindeutig zugunsten der ErA ausfällt.

Die Politik im Baskenland folgt damit weiterhin eigenen Logiken und Zeitsequenzen. Die baskische Bevölkerung ist seit langem an eine gewisse Unregierbarkeit gewohnt und hat eine positive Tradition sozialer Selbstorganisation. Bei politischen Themen wie Wirtschaftsordnung, Forschung und Bildung sowie Kultur erweist sich die baskische Politik trotz der terroristischen Einschüchterung, des Patts und der Blockaden immer wieder innovativer und kreativer als viele andere, politisch stabilere Regionen.

Gijón, 10.5.2000

. Holm-Detlev Kohler lehrt Soziologie an der Universität Oviedo. Jüngste Veröffentlichungen auf deutsch: *Global players in lokalen Bindungen. Unternehmensglobalisierung in soziologischer Perspektive* (hrsg. mit Andrea Eckardt u. Ludger Pries, Ed. Sigma, Berlin 1999) und als Herausgeber: *Asturien. Der Niedergang einer Industrieregion in Europa* (Klartext Verlag, Essen 1998).

MANIFEST DER SPANISCHEN PRESSE: Nach dem Mord an José Luis López de la Calle, dem baskischen ETA-Kritiker, Mitbegründer des Foro Ermua und Mitarbeiter bei verschiedenen Presseorganen (zuletzt bei der Tageszeitung *El Mundo*), am 7. Mai haben die Chefredakteure der wichtigsten spanischen Tageszeitungen in San Sebastián eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. In dem mit "No nos callarán" (Wir werden nicht schweigen) überschriebenen Manifest heißt es u.a., daß die beteiligten Zeitungen trotz aller Einschüchterungsversuche an ihren Grundsätzen einer unabhängigen und informativen Berichterstattung festhalten werden. Die ..lange Kette von Drohungen, Notigungen und Attentaten" gegen Journalisten seitens ETA müsse ein Ende haben. Auch die pressefeindliche Haltung einer Reihe gemäßigter nationalistischer Politiker im Baskenland wird kritisiert. Des Weiteren wird darauf verwiesen, daß "ETA mordet und der politische Arm [gemeint sind Gruppen wie EHI dies rechtfertigt'. Zu den Unterzeichnern des Manifests gehören u.a. die Chefredakteure von *El País*, *Así*; *El Mundo*, *La Vanguardia*, *Diario 16*, *La Razón*, *El Periódico de Catalunya*, *El Diario Vasco*, *La Nueva España*, *Diario de Navarra*. Zahlreiche Journalisten haben sich dem Aufruf angeschlossen.

SPANISCHE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS: Kritik hat der Schriftsteller Jorge Semprún daran geübt, wie in Spanien mit jenen republikanischen Spaniern umgegangen wird, die Opfer des deutschen Nationalsozialismus geworden sind. Semprún, selber im KZ Buchenwald inhaftiert, sagte im Zusammenhang mit der Debatte um deutsche Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter während des "Dritten Reichs": "Die spanischen Republikaner, die Opfer des Nazismus wurden, sind Teil der roten Erinnerung, nicht aber der offiziellen Geschichte Spaniens. Die *transición* [der Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie] überging sie mit Vergessen. Niemand wollte sich damals an sie erinnern: die einen, die Demokraten, wegen der nationalen Aussonderung; die anderen, die Franquisten, hatten losgerührt, wenn 'die alten Wunden wieder aufgerissen worden waren'. Heute haben wir einen weißen Fleck in der kollektiven Erinnerung Spaniens, und die Bücher der Zeitzeugen von damals kennt keiner oder sind nicht übersetzt". Seitens der deutschen Botschaft in Madrid wurde geäußert, daß die Bundesrepublik Deutschland bereit und interessiert sei, auch die spanischen Nazi-Opfer zu entschädigen; dabei sei die Kooperation mit einer spanischen Institution hilfreich. Das spanische Außenministerium wiederum hat diesbezüglich seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet.

	2000		1996	
PNV	30,4%	7 (345.356)	25,0%	5 (315.793)
PP	28,2	7 (320.892)	18,3	5 (231.286)
PSOE	23,3	4 (264.581)	23,7	5 (298.499)
EA	7,6	1 (86.151)	8,2	1
IU	5,5	- (61.996)	9,2	(103.628)
EH (HB)	(Boykott)		12,3	1 (116.133)
				2 (154.853)

Ergebnisse im Baskenland bei den spanischen Parlamentswahlen 2000 und 1996 (in %. Zahl der Abgeordneten und Stimmen)